

## Pressemitteilung

# Lieferengpässe von Medikamenten wirksam bekämpfen

**Die AOK Rheinland/Hamburg spricht sich für ein Frühwarnsystem, bessere Qualitätskontrollen und einen Ausbau der Lagerhaltung aus und warnt vor zusätzlichen Belastungen der gesetzlich Versicherten.**

Düsseldorf, 03.04.2023

**Medienberichten zufolge hat das Bundeskabinett weiteren Beratungsbedarf zum Gesetz zur Bekämpfung von Lieferengpässen bei patentfreien Medikamenten. Die AOK Rheinland/Hamburg warnt vor einem Herumdoktern an den Symptomen und fordert eine tragfähige Lösung, die die gesamte Produktion und Lieferkette in den Blick nimmt.**

„Den Lieferengpässen muss begegnet werden, bevor der Engpass überhaupt in der Apotheke spürbar wird“, erklärt Matthias Mohrmann, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der AOK Rheinland/Hamburg. Mohrmann ist überzeugt, dass es in der gesamten Produktion und Lieferkette mögliche Stellschrauben gibt, um die Versorgungslage zu verbessern. So können durch eine effiziente Kontrolle der Qualität und die Sicherstellung guter Produktionsbedingungen etwa Produktrückrufe vermieden werden.

Zudem spricht sich die AOK Rheinland/Hamburg dafür aus, die Lagerhaltung zu stärken. „Globale Lieferketten sind anfällig für Störungen, das hat im vorletzten Jahr zum Beispiel die Schiffshavarie im Suez-Kanal deutlich vor Augen geführt. Bei Medikamenten sollte eine ausreichende und transparente Lagerhaltung bei den pharmazeutischen Unternehmen, Großhandel und insbesondere

den Apotheken gesichert sein, um kurzfristige Verzögerungen ohne Engpässe aushalten zu können“, sagt Mohrmann. Darüber hinaus spricht sich die Gesundheitskasse für ein Frühwarnsystem aus, bei dem drohende Arzneimittelengpässe für alle von der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) erstattungsfähigen Arzneimittel über die gesamte Lieferkette gemeldet werden müssen.

### **Regelungen der Pandemie wirken nicht gegen Engpässe**

Skeptisch sieht die AOK Rheinland/Hamburg Forderungen der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA), die erweiterten Regelungen zum Arzneimittelaustausch aus der Corona-Pandemie umfänglich zu verlängern. „Die Lockerungen der Regelungen für den erweiterten Arzneimittelaustausch, die während der Corona-Pandemie angewendet wurden, sind nicht dafür geeignet, aktuellen und zukünftigen Herausforderungen in der Medikamentenversorgung zu begegnen“, betont Mohrmann. Leider sei aktuell zu beobachten, dass die Ausnahmeregelungen deutlich häufiger genutzt werden, als es die bestehenden oder gemeldeten Lieferengpässe erwarten lassen. Dies führt dazu, dass deutlich teurere Arzneimittel abgegeben werden. Dies geht zu Lasten der Solidargemeinschaft.

### **Gesetzlich Versicherte nicht zusätzlich belasten**

Mohrmann blickt mit Sorge auf einen ergänzten Passus im Gesetzentwurf von Mitte März, wonach nicht nur die Apotheken, sondern auch der Großhandel einen Engpassausgleich erhalten soll. „Es ist nicht zielführend, allgemeine Probleme des Arzneimittelmarktes einseitig über eine weitere finanzielle Belastung der Beitragszahlenden lösen zu wollen“, betont der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der AOK Rheinland/Hamburg. Eine Lösung für die Lieferengpässe müsse aber zeitnah auf den Weg gebracht werden. „Die Bundesregierung muss klare Regeln schaffen, um zukünftig Lieferengpässen vorzubeugen. Die gesetzliche Krankenversicherung und damit die Beitragszahlenden dürfen nicht überfordert werden“, sagt Mohrmann.